

Monika Eigmüller / Georg Vobruba (Hrsg.): Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 308 Seiten.

Monika Eigmüller: Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 263 Seiten.

Joan DeBardeleben (Hrsg.): Soft or Hard Borders? Managing the Divide in an Enlarged Europe, Aldershot: Ashgate 2005, 214 Seiten

Rezensiert von
Andreas Müller, Leipzig

Das Thema Grenzen hat sich mittlerweile zu einem sozialwissenschaftlichen Dauerbrenner entwickelt. Mit dem von Monika Eigmüller und Georg Vobruba herausgegebenen Sammelband scheint sich das Forschungsfeld nun seine eigene Bindestrich-Soziologie zu erobern. Mit dem Band selbst rennen die Herausgeber dann auch offene Türen ein, schaffen sie es doch, einen Bogen von den soziologischen Klassikern zu aktuellen Fragestellungen zu schlagen. Wie die Herausgeber in ihrer *Einleitung: Warum eine Soziologie der Grenze?* schreiben, ist nicht so sehr die gestiegene Aufmerksamkeit für Grenzen erstaunlich, sondern vielmehr ihre Jahrzehnte währende Nichtbeachtung, zumal „die Bedeutung von Grenzen für soziologische Überlegungen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere von Simmel erkannt und beton

worden war“ (8). Zwar erklären Eigmüller und Vobruba diese lange Missachtung des Themas nicht, eine Antwort drängt sich bei der Lektüre des Textes dennoch auf. Da „[d]ie Grenzsoziologie nur im Rahmen einer transnationalisierten Soziologie möglich“ ist, darf sie „Gesellschaft‘ also nicht länger mit ‚Nationalstaat‘ gleichsetzen und Staatsgrenzen nicht mehr implizit zum Definitionskriterium ihres Objektbereichs erklären, sondern muss sie zu ihrem Untersuchungsgegenstand machen“ (9). Somit erfordert die Beschäftigung mit Grenzen einen Perspektivenwechsel weg vom nationalstaatlichen Containermodell und somit eine theoretische Reflexion auf die Grundlagen und Implikationen der eigenen Disziplin.

Eröffnet wird der Sammelband mit dem Nachdruck zweier klassischer Arbeiten, die als theoretischer Hintergrund dienen, vor dem auf aktuelle Grenzen bezogene Fragen empirisch und theoretisch diskutiert werden. Stein Rokkan, dessen Aufsatz *Differenzierung und Grenzbildung* mit dem Sammelband einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, propagiert einen dreidimensionalen Analyse Raum für die Untersuchung von Grenzen. Diese lassen sich anhand ihrer Durchlässigkeit für ökonomische, militärisch-administrative und kulturelle Prozesse beschreiben, denen entsprechende Kontrollmaßnahmen korrespondieren. Im Rückgriff auf die Handlungsoptionen von exit und voice lassen sich, so Rokkan, Innovationsschübe erklären. Grenzüberschreitungen wirken dann als Innovationen durch exit, da sie Handlungsalternativen verfügbar machen. „Territoriale exits“ lassen sich jedoch „nicht studieren, ohne die Strategien der Grenzbildung zu analysieren“ (32). Die

Modi territorialer Abgrenzungen stehen nach Rokkan wiederum in einem engen Zusammenhang mit der Sozialstruktur einer Gesellschaft, insbesondere mit der Konstituierung herrschender Gruppen. Die hierarchische Verteilung von Rechten innerhalb einer sozialen Formation stellt somit die sozio-strukturelle Grundlage von Grenzbildungen dar. Damit entstehen letztlich zwei unterschiedliche Typen von Raum, ein geografischer, und ein Mitgliedschaftsraum. Die spezifische Operationsweise einer territorialen Grenze lässt sich nach Rokkan als das Verhältnis dieser beiden Räume und ihrer Grenzen bestimmen. Somit wird die Institution Grenze sowohl durch die Bedingungen definiert, unter denen sich die geografische Grenze überqueren lässt, als auch durch die Bedingungen, unter denen Mitgliedschaftsrechte erworben werden können. Leider kommen die restlichen Beiträge des Sammelbandes nicht mehr auf diesen theoretischen Ansatz zurück, lediglich implizit lassen sich Schnittpunkte zu Rokkans Arbeit feststellen, etwa wenn wiederholt die Rede von unterschiedlichen Dimensionen ist, in denen sich das Verhältnis von Exklusion und Inklusion manifestiert. So wirkt Rokkans Aufsatz tendenziell unintegriert, insbesondere verglichen mit dem zweiten Klassiker, auf den sich der Sammelband bezieht, Georg Simmel. Ausgangspunkt seiner Überlegungen in *Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft* ist die Unterscheidung zwischen der „räumliche[n] Befasstheit“ sozialer Gebilde und „deren positiv wirksame[n] Ursachen“. Folglich ist der Raum selbst lediglich „die an sich wirkungslose Form [...]“. Nicht der Raum, sondern die von der Seele her erfolgende Gliederung und Zusammenfassung sei-

ner Teile hat gesellschaftliche Bedeutung“ (15 f.). Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Raumdimension bedeutungslos ist, vielmehr ermöglichen erst bestimmte Eigenschaften des Raumes, insbesondere seine Parzellierbarkeit und die Einzigartigkeit der Teile die Entstehung bestimmter sozialer Institutionen. Das Paradebeispiel einer derartigen Institution ist nach Simmel der Staat, dessen Einzigartigkeit an seiner Besetzung des Raums deutlich wird. Während von anderen Institutionen, wie beispielsweise Berufsverbänden oder Kirchen, mehrere Exemplare in demselben Raum existieren können, stellt der Staat eine soziale Formation dar, der aufgrund ihrer „innerliche[n] Beziehung zum Raum“ Monopolcharakter zukommt. Dass die Raumdimension aber letztlich nur eine Funktion sozialer Institutionen darstellt, betont Simmel auch in seinen Ausführungen zur Grenze: „Nicht die Länder, nicht die Grundstücke, nicht der Stadtbezirk und der Landbezirk begrenzen einander; sondern die Einwohner oder Eigentümer üben die gegenseitige Wirkung aus“. Das spezifische des soziologischen Gehalts der Grenze besteht dann auch, so Simmel in ihrem ambivalenten Charakter, ist doch „der Inhalt dieses Wirkens [...] die Bestimmung, über diese Grenze hin, also doch auf den andren überhaupt *nicht* wirken zu wollen oder zu können“ (22). Somit ist es letztlich ein institutionalisiertes Verhältnis sozialer Gruppen, das sich in der Grenzziehung auch räumlich manifestiert. In ihrem Beitrag *Der duale Charakter der Grenze. Bedingungen einer aktuellen Grenztheorie* knüpft Monika Eigmüller an dieses Verständnis an. Dort diskutiert sie primär die Anforderungen an eine Grenztheorie, einerseits die soziale Bedingtheit von

Grenzen zu reflektieren, und andererseits deren gesellschaftliche Wirkung zu erfassen. Demzufolge muss Grenze also sowohl als soziales Produkt, als auch als Produzent sozialer Ordnung verstanden werden. Daneben stellt sie aber auch die Bedeutung Simmels insbesondere in der Auseinandersetzung mit der „essentialistischen Grenzbetrachtung“ der politischen Philosophie Friedrich Ratzels heraus. Diese ‚Schule‘ betrachtet den Staat als einen lebendigen Organismus in einem natürlichen Lebensraum, umgeben von dessen ‚Haut‘, den ‚natürlichen Grenzen‘. In der Sicht dieser Schule manifestiert sich die Grenze darüber hinaus auch als kulturelle Differenz zwischen den Bewohnern des jeweiligen Staates. Die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit derartigen Vorstellungen ergibt sich nun weniger aus ihrem gegen Null gehenden wissenschaftlichen Gehalt, sondern, wie Eig Müller richtig feststellt, aus ihrer Existenz „als naive Deutungsmuster alltäglicher Grenzbetrachtungen in der öffentlichen Diskussion“. Daraus folgt wiederum ihre soziologische Relevanz, „da nicht zuletzt die Folgen von Grenzziehungen von den hiervon betroffenen Leuten als objektiv und unveränderbar erfahren werden und von diesen im Sinne des essentialistischen Grenzverständnisses interpretiert werden“ (63). Somit ist laut Eig Müller der Simmel’sche Grenzbegriff zur Analyse von Grenzziehungen geeignet, während die essentialistischen Grenzvorstellungen primär von wissenssoziologischer Relevanz zur Erfassung der Grenzbeobachtungen von Akteuren geeignet sind. Doch auch der Simmel’sche Grenzbegriff ist nicht frei von durchaus problematischen politischen Implikationen, was allerdings in

der Auseinandersetzung mit Traditionen wie der Friedrich Ratzels leicht übersehen wird. Gerade die Konzeption von Grenzen als Funktionen sozialer Gruppen betont die Vorgängigkeit dieser Gruppen. Eine unreflektierte Übernahme dieser Vorstellung führt aber gerade im Fall nationalstaatlicher Grenzen zur Frage, wie sich die grenzziehende Gruppe konstituiert. Somit läuft die Simmel’sche Vorstellung Gefahr, die Existenz von Nationen als empirisch existierende Gruppen und nicht als „vorgestellte politische Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) anzunehmen.

Wird diese Einschränkung übersehen, ist es nicht mehr weit zur Unterscheidung von ‚natürlichen‘ und ‚künstlichen‘ Grenzen. Vermeiden lassen sich diese Fallstricke durch die wissenssoziologische Fundierung von Grenzanalysen, wie sie Georg Vobruba in seinem Beitrag *Grenzsoziologie als Beobachtung zweiter Ordnung* vornimmt. Vobruba konstatiert eine Attraktivität „moralisierende[r] Schlussfolgerungen“ (221) in der Auseinandersetzung mit Grenzen, die sich aus der Ablehnung der dominanten sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Grenzen ergibt. Diese betrachten Grenzen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Steuerungskapazität gegenüber grenzüberschreitenden Prozessen, um letztlich einen Kontroll- und Steuerungsverlust staatlicher Instanzen festzustellen. Damit korrespondiert die Absage an die Akteursperspektive und somit auch eine strukturelle Blindheit gegenüber dem an der Grenze produzierten Elend. Dieses Missverhältnis stellt, so Vobruba, ein Einfallstor für Moralisierungen dar, wodurch sich aber Sozialwissenschaft letztlich der Möglichkeit beraubt, die Moralisierung der Grenze und deren

Rückwirkung auf die Steuerungsversuche als empirische Daten zu berücksichtigen. Eine wissenssoziologisch arbeitende Grenzsoziologie kann jedoch „die unterschiedlichen Perspektiven auf die Grenze verknüpfen, indem sie diese Perspektiven selbst mit zum Untersuchungsgegenstand macht. Darum also: Grenzsoziologie als Beobachtung zweiter Ordnung“ (224).

Ergänzt werden diese Erörterungen der theoretischen und methodischen Grundlagen der Grenzforschung von empirisch orientierten Arbeiten, die sich hauptsächlich der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze sowie der EU-Außengrenze widmen. Besonders erwähnenswert ist hier der Beitrag von Kerstin Zimmer und Matthias Bös, *Wenn Grenzen wandern. Zur Dynamik von Grenzverschiebungen im Osten Europas*. In Umkehrung der üblichen migrationssoziologischen Perspektiven fragen sie nicht danach, was passiert, wenn Menschen über Staatsgrenzen hinweg migrieren, sondern danach, was passiert, wenn sich Grenzen über Menschen hinweg verschieben. Gerade für Europa stellt der Fall stabiler Grenzen eher die Ausnahme als die Regel dar. Daraus ziehen die beiden Autoren letztlich eine der Simmel'schen Auffassung von Grenzen diametral entgegengesetzte Konsequenz: Der Begriff des ‚Volks‘ kann nicht mehr als Grundlage von Territorialität gelten, da der Prozess der Grenzziehung und Verschiebung der Konstitution des Volks vorgängig ist und letztlich dessen Mitgliedschaftskriterien bestimmt.

Das Thema Grenze behandelt Monika Eig Müller auch in ihrer Dissertation *Grenzsi cherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze*. Ausgehend von dem Anspruch, Grenze als soziales Produkt und gleichzeitig als Produzent sozi-

aler Ordnung zu erfassen, entwickelt sie einen institutionentheoretisch fundierten Begriff der Grenze, mit dem sie die Errichtung und Wirkung der EU-Außengrenze Spaniens untersucht. In einem ersten Schritt rekonstruiert Eig Müller dazu die Entwicklung der EU-Grenzpolitik im Zuge der EU-Integration. Dabei legt sie besonderes Augenmerk auf die Eigendynamik, die die Grenzpolitik durch die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes erfährt. Die Herstellung eines Raums, in dem sich Kapital, Güter, Personen und Dienstleistungen durch nationale Grenzen ungehindert bewegen können, setzt einen Prozess in Gang, der letztlich die Akkumulation von Grenz- und sicherheitspolitischen Kompetenzen auf supranationaler Ebene befördert. Dabei ist das Primat der Migrationsvermeidung selbst kein genuines EU-Interesse, das erst im Zuge der Integration auf supranationaler Ebene entsteht, sondern stellt eine Grundkonstante der nationalstaatlichen Politik in der EU dar, das lediglich durch das Inkrafttreten des Schengener Abkommens mehr und mehr auf supranationaler Ebene verfolgt wird. Die administrativen Schritte zur Vergemeinschaftung der Asyl-, Visa- und Migrationspolitik prägnant nachzuvollziehen, ist dann auch eine der Stärken der Arbeit, wenn auch Eig Müller nicht das Hauptaugenmerk darauf legt. Dies gilt vielmehr der konkreten Ausgestaltung der Grenzpolitik am Beispiel der spanischen Einwanderungspolitik und deren paradoxe Folgen. Sie zeichnet detailliert die Veränderung der spanischen Migrationspolitik seit dem EU-Beitritt nach. Dadurch kann sie auch mit dem oft zitierten Mythos von der ‚Festung Europa‘ aufräumen. Folgt man Eig Müller, dann kann keinesfalls die Rede davon sein,

dass es ausschließlich die Brüsseler Vorgaben sind, die eine restriktive Ausgestaltung des Grenzregimes bedingen. Zwar korrespondiert die erste Verabschiedung eines Ausländergesetzes in Spanien „auffallend mit den Verhandlungen über den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft“ (123), dennoch kann Eigmüller auch nach dem Beitritt sowohl Phasen einer im europäischen Vergleich liberaleren Ausgestaltung des Einwanderungs- und Ausländerrechts als auch Phasen einer Migrationsvermeidungspolitik herausarbeiten, die die EU-Vorgaben an Restriktivität um Längen übertrifft. Insofern schlussfolgert sie: „Der Rückzug spanischer Politik auf Bedingungen und Notwendigkeiten europäischer Vorgaben kann, mit Ausnahme des Asylbereichs, somit mehr als politische Finesse denn als tatsächliche Anforderung seitens der Union gedeutet werden“ (126). Der interessanteste Aspekt des Buches besteht allerdings darin, dass die Autorin die paradoxen Folgen der Migrationsvermeidungspolitik detailliert herauspräpariert. So kann sie zeigen, dass das Migrationsvolumen nach Spanien nicht durch die Migrationspolitik selbst bestimmt wird, sondern weitgehend durch das Wohlstandsgefälle zwischen Spanien und den Herkunftsländern der Migranten, dem Bedarf an der von Migranten angebotenen Arbeitskraft und den bereits vorhandenen migrantischen Netzwerken. Die politische und administrative Regulierung der Grenze hat dagegen kaum Einfluss auf das Migrationsvolumen, sie definiert lediglich die Bedingungen, unter denen Migration stattfindet. Insofern stellt Eigmüller fest, dass die restriktive Migrationspolitik Spaniens in erster Linie eine Zunahme illegaler Migration bewirkt, die sich in

zweiter Linie als Quasi-Subventionierung der spanischen Wirtschaft auswirkt. Selbst die aufgrund der Illegalität schlecht bezahlten und unattraktiven Arbeitsplätze für Migranten stellen immer noch einen hinreichenden Pull-Faktor für Migration dar. „Den inländischen Wirtschaftszweigen kommt diese Bereitschaft der Migranten, zu geringen Löhnen in unattraktiven Branchen zu arbeiten, sehr entgegen, führt dies doch zu einer Verbilligung ihrer auf dem Weltmarkt angebotenen Güter und macht sie hierdurch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähiger“ (152). Die Autorin beschränkt sich aber nicht darauf, die Wirkung der Grenze zu analysieren, sondern untersucht ebenfalls die Haltung relevanter politischer Akteure zur spanischen Grenzpolitik. Während die rekonstruierte Haltung von Wirtschaftsverbänden und -unternehmen, sowie der an der Regierung beteiligten Parteien nicht überrascht – erstere verteidigen die Beschäftigung illegaler, während letztere dieser Haltung durchaus Verständnis bis Wohlwollen entgegenbringen –, positionieren sich die spanischen Gewerkschaften genau der Erwartung entgegengesetzt. Während die Unterstellung eines gewerkschaftlichen Interesses an Grenzschießung und Protektion des heimischen Arbeitsmarktes durchaus plausibel erscheint, akzeptieren die beiden großen spanischen Gewerkschaften Migration als nicht zu verhindernden Prozess. Entsprechend versteifen sie sich nicht auf die illusorische Forderung nach Grenzschießung, sondern treten als Fürsprecher der Legalisierung der im Land lebenden Illegalen und liberalisierter Zuwanderungsregelungen auf, da sie in der Existenz eines illegalen Arbeitssektors auch die Gefahr einer Verschlechterung regulä-

rer Beschäftigung sehen. Somit muss den spanischen Gewerkschaften eine erheblich realitätsgerechtere Positionierung zu Migration attestiert werden, und dies sowohl verglichen mit den restlichen politischen Akteuren Spaniens als auch im Vergleich mit ihren mittel- und nordeuropäischen Pendanten.

Im Anschluss an die Untersuchung Eig-müllers drängt sich aber die Frage auf, ob Legalisierungen – jenseits ihrer unbestrittenen Funktion, die Lebenssituation der Migranten zu verbessern – ein probates Mittel zur Bekämpfung illegaler Erwerbstätigkeit und darüber zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Migranten darstellen. Immerhin hat sich die spanische Ökonomie über einen relativ langen Zeitraum hinweg auf die Verfügbarkeit illegaler Migranten eingestellt. Somit stellt sich die Frage, ob sich nicht mittlerweile eine Nachfrage nach illegalen Arbeitskräften etabliert hat, die im Falle von Legalisierungen lediglich für die Anwerbung neuer illegaler Arbeitskräfte sorgen würde.

Einen anderen Zugang zu den EU-Außengrenzen wählt der von Joan DeBardeleben herausgegebene Sammelband *Soft or Hard Borders? Managing the Divide in an Enlarged Europe*. Die Ausgangsüberlegung des Sammelbandes besteht in der Vermutung, die es die Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn sind, die das Verhältnis von Exklusion und Inklusion und damit maßgeblich die Durchlässigkeit der Grenzen determinieren. Aus dieser Perspektive analysieren die Beiträge, wie sich die Beziehung der EU zu ihren (neuen) Nachbarn seit der Erweiterungsrunde 2004 gestalten und welche Auswirkungen diese Beziehungen auf die Gestaltung der Grenze haben.

Eröffnet wird der Sammelband mit einem Beitrag von Nanette Neuwahl, in dem sie die Frage *What Borders for Which Europe?* stellt. Dort formuliert die Autorin die Unterscheidung zwischen soft und hard borders das Leitmotiv des Sammelbandes und gibt einen systematischen Überblick über die Grenzpolitik der EU gegenüber ihren Nachbarn. Die zukünftige Gestalt der Grenzen wird, so Neuwahl, hauptsächlich durch die Möglichkeit eines späteren Beitritts bestimmt. Konsequenterweise plädiert sie dafür, Kooperationsanreize für diejenigen Nachbarn zu schaffen, die nicht Mitglied der EU werden können oder wollen.

Dass diese Angebote selbst noch keine Garantien für stabile und freundschaftliche Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn sind, stellt Charles Pentland in seinem Beitrag *Eastern Approaches: The EU Encounters the Former Soviet Union* am Beispiel der Beziehungen zur Ukraine heraus. Wie Pentland feststellt, sind es nicht nur die Angebote der EU, die für die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Ukraine verantwortlich sind. Vielmehr wird die Effektivität dieser Anreizbasierten Politik dadurch bestimmt, ob die Westintegration überhaupt ein politisches Ziel für die Ukraine darstellt, eine Frage, die, wie sich an den regelmäßig aufflammenden innenpolitischen Auseinandersetzungen zeigt, nicht unumstritten ist. Die zweite Faktor, der die Empfänglichkeit der Ukraine für Integrationsangebote seitens der EU determiniert, sind, so Pentland, die wahrgenommenen Alternativen. Insofern muss die EU in ihrer Politik gegenüber der Ukraine in Rechnung stellen, dass die Bestrebungen, eine Freihandelszone innerhalb der GUS zu implementieren,

in der Ukraine als ernsthafte Alternative zur Annäherung an die EU erwogen wird. Diese Politik einer stärkeren Annäherung an das Integrationszentrum Moskau war auch „an unintended side effect of policies the EU itself was promoting: privatisation, encouraged by the EU, proved a boom to Russia investors flush with petro-dollars“ (59). Insofern stellt Pentland fest, dass die Anreize zur Kooperation mit der EU nur dann Wirkung zeigen, wenn die entsprechenden Staaten ebenfalls vom Ziel einer Annäherung an die EU überzeugt sind. Diese Feststellung lässt sich dem Autor zu Folge auch auf andere ehemalige Sowjetrepubliken übertragen, die zwischen den beiden Integrationszentren Brüssel und Moskau changieren.

Davon müssen die Beziehungen zwischen der EU und Russland unterschieden werden. Diese werden, so Helmut Hubel in seinem Beitrag *The European Union and Post-Soviet Russia as Direct Neighbours*, einerseits durch die Selbstwahrnehmung Russlands als der EU gleichwertiger geopolitischer Akteur, der noch dazu ständig in Versuchung ist, an alten Großmachtambition anzuknüpfen, bestimmt, und andererseits durch die Unterschiede zwischen den politischen Gebilden EU und Russland beeinflusst. „While the European Union is a kind of ‚post-modern‘ policy actor, Russia is still hampered by numerous Soviet legacies and understands itself to be in the process of ‚re-building‘ a nation-state“ (71). Insbesondere die Unflexibilität der EU auf außenpolitischen Terrain, bedingt durch den intergouvernementalen Charakter der zweiten Säule, setzt, so der Autor, Russland unter Zugzwang, sich an die EU Politik anzupassen, da Russland „does not have the capability of forcing

a change in EU policies“ (78). Das hat insbesondere Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen dem Moskauer Zentrum und der russischen Peripherie, wie gerade am Konfliktfall Kaliningrad deutlich wird. Während die EU aufgrund des komplizierten Willensbildungsprozesses nicht in der Lage ist, besondere Beziehungen zu Russland zu initiieren, ist es an Moskau, der zunehmenden Westorientierung der Kaliningrader Bevölkerung entgegenzukommen und entsprechende Sonderregelungen einzuführen.

Im Unterschied zu diesen relativ komplizierten Beziehungen zwischen der EU und den Nachbarn ohne Mitgliedschaftsperspektive gestalteten sich die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Rumänien und den angrenzenden EU-Mitgliedstaaten durchweg positiv im Vorfeld des Beitrittsprozesses, während sich gleichzeitig die Grenzbeziehung zwischen Rumänien und Drittstaaten zunehmend komplizierter gestalteten bis verschlechterten, wie Dragoș Popa und Bogdan Budura in ihrem Beitrag feststellen.

Dass die Grenzpolitik der EU gegenüber diesen Nachbarn ohne Beitrittsperspektive zwei widersprüchliche Politikstile zu integrieren versucht, zeigt Sandra Lavenex in ihrem Beitrag *The Politics of Exclusion and Inclusion in ‚Wider Europe‘*. Einerseits wird die Kooperation zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten auf im Bereich Justiz und Inneres durch das Paradigma der Exklusion bestimmt, während gleichzeitig die Wider-Europe-Initiative auf eine weitreichende Teilhabe der Nachbarn an den Gemeinschaftsgütern der EU setzt. Dabei handelt es sich um zwei diametral entgegengesetzte Politikstile: „a protective one, focused on the control of ‚external‘ threats

to internal security through the erection of ‚hard‘ borders [...], and an inclusionary one, seeking to include neighbouring states in a common ‚security community‘ and to create friendly borderlands“ (129). Vor dem Hintergrund der Osterweiterung gewinnt nun die exklusive Variante die Oberhand, was unter anderem in dem Anspruch der EU begründet liegt, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen. Die für dieses Politikziel bestehenden Gefahren werden in der Regel als von außen kommende betrachtet, insofern zielt die EU die Adaption europäischer Normen und Standards von Nachbarn. Konditionalität wird als probates Mittel zur Verfolgung dieser Ziele gesehen. Damit verschlechtern sich aber, so die Autorin, die Chancen auf eine Umsetzung der in der Wider-Europe-Strategie formulierten kooperativen Sicherheitsstrategie, die nicht auf die Eindämmung von Sicherheitsrisiken, sondern auf die Bekämpfung von deren Ursachen setzt.

Offen bleibt dabei die Frage, wie sich die Mechanismen des Integrationsprozesses und die dabei entstehenden Kräftekonstellationen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und den supranationalen Organen der EU auf die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn und darüber auf die Gestaltung des Grenzregimes auswirken. Gerade die Chancen einer auf Inklusion und Kooperation setzende Politik, um so eine strikte Grenzziehung zu vermeiden, scheinen in hohem Maße davon abhängig zu sein, ob sich die supranationalen Institutionen der EU mit ihrer eigenen Politikpräferenz gegen die vergleichsweise kurzfristig kalkulierenden, an Exklusion orientierten Mitgliedstaaten durchsetzen können.

Isaiah Trunk, Łódź Ghetto. A History, translated and edited by Robert Moses Shapiro, Bloomington: Indiana University Press 2006, 472 Seiten

Rezensiert von
Klaus-Peter Friedrich, Marburg

Mit diesem Band liegt das bedeutende Standardwerk eines frühen Holocaust-Forschers über das NS-Judenghetto in Łódź endlich auch in englischer Übersetzung vor. Ermöglicht wurde das Erscheinen der jiddischen Erstveröffentlichung vor viereinhalb Jahrzehnten durch eine großzügige Zuwendung der *Conference on Jewish Material Claims Against Germany*. Sie erschien 1962 in New York als Veröffentlichung des YIVO und Yad Vashems mit einem abweichenden Untertitel „Lodzzer geto. A historishe um soziologishe studie mit dokumentn, tabelen un mape“. ¹ Die neue Fassung in der heutzutage wichtigsten Verkehrssprache der internationalen Holocaust-Forschung verdankt ihr Entstehen dem United States Holocaust Memorial Museum (USHMM). Vor allem jedoch ist sie die Leistung des Übersetzers Robert Moses Shapiro, der als Herausgeber dem Text wo nötig eigene Anmerkungen und dem Literaturverzeichnis viele weitere Titel hinzugefügt hat. Zu Beginn steht eine 1983 als Nachruf verfasste Würdigung Trunks und seines wissenschaftlichen Lebenswerks durch Joseph Kermish (S. XXI-XXVIII) und eine 1986 zuerst auf